Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 15 — Mittwoch, den 19. Januar 1927 — 22. Jahrgang

Marx verhandelt mit den Parteien.

Bis jetzt überall vorsichtige Zusagen.

Berlin, 18. Januar. Reichskanzler Dr. Marx hat gestern nachmittag in Ausführung des übernommenen Auftrages, die politische Situation und die Haltung der in Frage kommenden Fraktionen gegenüber einem Kabinett der Mitte zu klären, im Reichstage nacheinander den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, den Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Abg. Dr. Koch, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Müller-Franken, empfangen, und wird voraussichtlich noch eine zweite Aussprache mit dem Abg. Dr. Scholz haben.

Das ist der äußere Hergang der Geschehnisse von gestern nachmittag. Zur Stunde sind die Verhandlungen mit den Parteien über die Möglichkeit der Bildung einer

Regierung der Mitte mit Anlehnung nach links

noch im Gange. Ihr Ergebnis steht noch nicht fest.

Es ist aber zu beachten, daß die beiden Gegenpole bei diesen Verhandlungen, nämlich die deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten, sich in ihren Erklärungen gegenüber dem Reichskanzler Dr. Marx außerordentlich vorsichtig gezeigt haben.

Dr. Scholz hat versichert, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über die Unterstützung eines Kabinettes der Mitte nichts einzuwenden habe, wenn sie auch eine Mehrheitsregierung mit den Deutschnationalen gewünscht hätte. Die Deutsche Volkspartei müsse aber die Frage, ob sie an einer solchen Koalition der Mitte sich weiterhin beteiligen werde, abhängig machen von der Erfüllung sachlicher und personeller Forderungen.

Die sachlichen Forderungen beziehen sich auf Wirtschafts- und Steuerfragen, sowie auf die Reichswehr. Daß unter den personellen Forderungen in der Hauptsache das Verbleiben Dr. Geßlers als Reichswehrminister zu verstehen ist, der selbst erklärt hat, daß er aus personellen Gründen zurückzutreten wünsche, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Erst wenn die Sozialdemokratie erklärt habe, wie sie zu diesen sachlichen und personellen Forderungen der Deutschen Volkspartei steht könne er seinerseits eine bestimmte Erklärung abgeben. Darauf ist es zurückzuführen, daß Dr. Scholz nochmals empfangen werden soll, nachdem der Vertreter der Sozialdemokratie gehört worden ist.

Reichskanzler Marx wird heute mit den Deutschnationalen sprechen.

Am Mittwoch treten die Fraktionen zusammen, von denen die letzte Entscheidung abhängt. Inzwischen gehen die Verhandlungen weiter.

England begrüßt die Berufung Marx'.

London, 17. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, daß man in London ernsthaft hoffe, daß es Dr. Marx gelingen werde, ohne Aufschub ein deutsches Kabinett zu bilden. Er habe als Kanzler mit Dr. Stresemann stets gut zusammengearbeitet und erfreue sich allgemeinen Respekts in den Ländern der Alliierten. Sollte er Erfolg haben, so könne in der Angelegenheit der deutschen Entwaffnungsverhandlungen auf Beschleunigung gerechnet werden.

Holland will den chinesischen Wünschen entgegenkommen.

Die Antwort Hollands auf das britische China-Memorandum.

Haag, 17. Januar. Die niederländische Regierung hat jetzt der britischen Regierung ihre Auffassung über das britische China-Memorandum mitgeteilt. In dieser Darlegung wird ausgeführt, die niederländische Regierung sei der Meinung, daß der neuen politischen Entwicklung in China Rechnung getragen werden müsse und daß sie darum vollkommen bereit sei, den chinesischen Wünschen so weit wie möglich entgegenzukommen. Sie sei ebenso bereit, mit den Regierungen der anderen Mächte, die das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1922 unterzeichnet haben, in Erwägungen darüber einzutreten, auf welche Weise dieses Abkommen am zweckmäßigsten und wirksamsten ausgeführt werden könne. Obwohl also die niederländische Regierung mit den allgemeinen Gesichtspunkten des britischen Memorandums durchaus übereinstimme, bezweifle sie doch, ob der jetzige Augenblick für die Abgabe der in dem britischen Memorandum angegebenen Erklärungen der geeignetste sei. Die niederländische Regierung bitte vielmehr zu erwägen, ob man nicht einen Zeitpunkt abwarten wolle, an dem die allgemeine Lage in China so geklärt sei, daß man die Haltung aufgeben könne, die die augenblickliche Lage zu verlangen scheine.

Die Lage am Jangtse.

Tokio, 17. Januar. (Reuter.) Die japanischen Marinebefehlshaber und Konsuln im Jangtsegebiet haben Weisung erhalten, sich mit den Vertretern der anderen Mächte über die zum Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen.

Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Futschau.

Paris, 17. Januar. Nach einer Havasmeldung aus Schanghai ist der amerikanische Zerstörer Pittsburg nach Futschau abgegangen.

Japan bereitet Verhandlungen mit Süd- und Nordchina vor.

Paris, 17. Januar. Wie die Agentur Indopacifique aus Tokio meldet, bereitet Japan sich darauf vor, mit der südchinesischen und der nordchinesischen Regierung in Besprechungen betreffend die Regelung der ganz China interessierenden Fragen einzutreten. Der Senat plane die Annahme eines Vorschlages zur Konsolidierung der Stellung Japans in diesen Fragen. In gewissen Kreisen sei man der Ansicht, daß Maßnahmen zur Sicherung der in China angelegten Kapitalien getroffen werden müßten.

Die Lage in Schanghai.

London, 18. Januar. „Chicago Tribune" meldet aus Schanghai: Die internationale Niederlassung von Schanghai hat gestern die Mächte ersucht, eine sofort verfügbare bewaffnete Landesstreitmacht von 4000 Mann (2000 Engländer 1000 Japaner, 1000 Amerikaner) bereit zu halten, als erste Maßnahme, um einen chinesischen Versuch, die Ereignisse von Hankau in Schanghai zu wiederholen, unmöglich zu machen. Falls chinesischerseits mit Waffengewalt gegen die Konzession vorgegangen werden sollte, würde nach Ansicht militärischer Sachverständiger eine Streitmacht von 25 000 Mann mit voller Kriegsausrüstung notwendig sein.

Der Emden-Zwischenfall in Kapstadt.

Der unerwartete Wasserstrahl.

London, 17. Jan. Wie Reuter aus Kapstadt meldet, hatten sich gestern nachmittag auf die Mitteilung, daß der deutsche Kreuzer Emden dem Publikum zur Besichtigung zur Verfügung stehen werde, eine nach Tausenden zählende Menschenmenge am Kai angesammelt. Dabei sei offenbar ein Gedränge entstanden, durch das die Vornstehenden in Gefahr gerieten, ins Wasser gedrängt zu werden. Um dies zu verhindern und die Menge zu zerstreuen, hätten einige deutsche Matrosen einigemal mit einer Spritze einen Wasserstrahl auf die Menschen gerichtet. Wie Reuter bemerkt, habe der Zwischenfall auf den bisher wohlgelungenen Besuch der Emden einen Schatten geworfen.

Die Anwendung des Spritzenschlauches gegen die andrängenden Menschenmassen ist mit Wissen und auf Anregung der Polizei erfolgt, weil die Polizei dem unerwarteten Ansturm des Publikums nicht gewachsen war, so daß die vom Wasser von drei Seiten eingeschlossenen Personen auf dem vorderen Teil des Kai von den nachdrängenden Menschenmassen ins Meer geschoben worden wären. Das Publikum bringt nunmehr der Geistesgegenwart des Kapitäns der Emden, die eine große Katastrophe verhindert habe, volles Verständnis und größte Bewunderung entgegen.

Der Deutsche Volksbund legt Beschwerde beim Völkerbund ein.

Gegen den ablehnenden Bescheid, den die polnische Regierung auf die Stellungnahme des Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, in Sachen der Ungültigkeitserklärung von rund 7000 Anträgen für die deutsche Schule gegeben hat, legte, wie den Blättern aus Kattowitz gemeldet wird, der Deutsche Volksbund Beschwerde beim Völkerbund ein.

Geßlers Antwort an Koch.

Dr. Geßler hat jetzt auf den Brief des demokratischen Parteivorsitzenden Koch geantwortet, in dem Koch dagegen Einspruch erhoben hatte, daß General Reinhardt in einem Zeitungsartikel den Republikanern die Fähigkeit abgesprochen hatte, für die Reichswehr geeigneten Ersatz zu stellen. Aus dieser Antwort geht hervor, daß Dr. Geßler von dem Artikel vor seiner Veröffentlichung Kenntnis gehabt hat.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Berlin, 17. Jan. Im Sitzungssaal des Deutschen Städtetages im Städtehaus fand heute eine Besprechung bedeutsamer kommunalpolitischer Fragen, insbesondere des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und des preußischen Steuergewerbegesetzes vor Pressevertretern statt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, entwarf ein Bild von der Finanzlage der deutschen Städte, die im Rechnungsjahr 1926 eine wesentliche Verschlechterung erfahren habe. Trotz ernstlicher Bemühungen, die Haushaltpläne für dieses Rechnungsjahr im Gleichgewicht zu halten, sei dies nicht möglich gewesen. Der Grund liege vornehmlich in dem außerordentlichen Ansteigen der den Gemeinden überwiesenen Wohlfahrtslasten. Das Defizit allein der preußischen Städte über 50 000 Einwohner erreiche in diesem Jahre rund 120 Millionen Mark. Durch die sogenannte Steuermilderungsaktion des Reiches und der Länder seien die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, die Vergnügungssteuer, die Grunderwerbssteuer, die preußische Gewerbesteuer und die Hauszinssteuer gesenkt worden, ohne daß hierdurch die Wirtschaft sichtbare Erleichterungen erfahren habe. Namentlich werde es vom Standpunkt der Städte für verfehlt gehalten, die Umsatzsteuer in voller Höhe bestehen zu lassen. Der vorläufige Finanzausgleich, der im Laufe dieses Monats im Reichstag zur Annahme kommt, bringe den Gemeinden trotz ihrer verzweifelten Finanzlage durch Streichung der Spezialumsatzsteuergarantie und der Getränkesteuer, sowie durch Senkung der Grunderwerbssteuerzuschläge äußerst fühlbare Minderungen des Steueraufkommens. In dieser ohnehin schwierigen Lage greife die preußische Vorlage zur Gewerbesteuer in sehr beträchtlicher Weise ein. Bei der schwierigen Lage des Gewerbes sei, soweit möglich, Steuererleichterung auch bei der Gewerbesteuer geboten, aber der Weg, den die Regierungsvorlage und die Anträge der Landtagsparteien gehen, sei nicht der richtige. Die einzig mögliche Reform der Gewerbesteuer liege in einer schleunigen Reform des Reichsfinanzausgleichs zugunsten der Gemeinden.

Förderung von Arbeiterwohnungsbauten auf staatlichen Domänen.

Für den Bau von Arbeiterwohnungen auf staatlichen Domänen hat der Minister für Volkswohlfahrt im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister ein Darlehn von 2,5 Millionen RM. aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt, über deren Verwendung der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, daß im allgemeinen für jede neue Arbeiterwohnung mit Nebenbauten ein Pauschalbetrag von 3750 RM. bewilligt wird. In Fällen, in denen die Durchführung der Bauten zur Ansetzung deutschstämmiger Arbeiter unter gleichzeitiger Verringerung der ausländischen Arbeitskräfte erfolgt, erhöht sich der Pauschalbetrag für jede neue Wohnung auf 4550 RM. In diesen Fällen können selbst für größere Umbauten Beihilfen aus dem Darlehn bewilligt werden. Der Anteil der Pächter an den Baukosten wird auf ein Fünftel der Baukosten und die Leistung der Fuhren festgesetzt. Der Baukostenanteil kann ihnen bis auf höchstens fünf Jahren zu einem Zinssatz von 5 Prozent — aber nicht über Reichsbankdiskontsatz — gestundet werden.

Feier anläßlich des Abschlusses der diplomatischen Aktensammlung des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 17. Januar. Anläßlich des Abschlusses der Herausgabe der großen Aktensammlung des Auswärtigen Amtes veranstaltete der Inhaber der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Hans Moeller, heute abend einen festlichen Empfang und ein Festessen in den Räumen der Deutschen Gesellschaft 1914, an dem u. a. der Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister Dr. Bell, Botschafter Dr. Solf, Reichsminister a. D. Dr. Rosen, Staatssekretär Meißner und zahlreiche andere Regierungspersönlichkeiten, Mitarbeiter an der Aktienpublikation und führende Mitglieder der deutschen Presse und Politik teilnahmen. Nach einem einleitenden Musikvortrag wies der Herausgeber des „Archivs für Politik und Geschichte", Dr. Hans Roesler, auf die Bedeutung der 55bändigen Aktienpublikation, die mit ihren Nebenveröffentlichungen bereits auf ungefähr 180 Bände angewachsen ist, für die Geschichte der Forschung im allgemeinen und für die Erforschung der Kriegsschuldfrage im besonderen hin und sprach die Hoffnung aus, daß, wie bereits in England seit kurzem begonnen worden ist, auch die anderen am Kriege beteiligten Mächte durch Oeffnung ihrer Archive zu einer abgerundeten Materialbereitstellung für eine vollkommene Erforschung der geschichtlichen Ursachen des Krieges und der gan-

gen modernen politischen Geschichte beitragen möchten. Bei dem nachfolgenden Diner hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache, in der er die außerordentlichen Verdienste des Verlegers würdigte und die Hoffnung aussprach, daß dem Beispiel des deutschen Volkes in der übrigen Welt nicht nur Anerkennung gezollt, sondern nachgeeifert wird.

Die Pariser Verhandlungen über die Restpunkte.

Paris, 17. Jan. Nachdem das Militärkomitee die deutschen Vorschläge geprüft hatte, fand zwischen den deutschen Vertretern und General Baradier eine neue Besprechung statt, in der General von Pawelß die erbetenen Aufklärungen über die deutschen Vorschläge gab. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und nehmen einen normalen Verlauf.

Nachspiel zum Tschekaprozeß.

Leipzig, 17. Jan. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner wurde in mehrtägiger Verhandlung der Tschekaprozeß noch einmal aufgerollt. Der Metallarbeiter Otto Klemm aus Berlin-Mariendorf stand unter Anklage, als Kurierleiter der KPD. der Mittelsmann zwischen Felix Neumann und dem Russen Skoblewski gewesen zu sein und sich auch der Beihilfe an der Ermordung des Friseurs Rausch schuldig gemacht zu haben. Klemm war seinerzeit nach Rußland geflüchtet. Am 17. Oktober 1926 kam er nach Deutschland zurück und wurde schon zwei Tage darauf verhaftet. Zu der Verhandlung waren eine Reihe von Verurteilten aus dem Tschekaprozeß geladen, u. a. Felix Neumann, Pöge, Meus, Huke und Mößner. Neumann sagte aus, daß Klemm lediglich als Briefbote in der M.-Leitung beschäftigt gewesen sei, aber mit der Ermordung Rauschs nichts zu tun gehabt habe. Die anderen Zeugen bestätigten dies. Der Reichsanwalt beantragte eine Festungshaft von zwei Jahren sechs Monaten. Das Gericht verurteilte Klemm wegen Vergehens gegen § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik und Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren neun Monaten Festungshaft und 300 Mark Geldstrafe. Drei Monate der Freiheitsstrafe und die Geldstrafe wurden angerechnet. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Klemm Kurierleiter und Verbindungsmann zwischen der Parteileitung und dem Russen Skoblewski war, so daß ein besonders schwerer Fall angenommen werden müsse.

Zum Konflikt in der rechtsrheinischen Industrie.

Barmen, 17. Jan. In dem Konflikt der rechtsrheinischen Textilindustrie hat der Arbeitgeberverband an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß die in vier Betrieben erfolgte Kündigung seitens der Arbeiterschaft eine Kampfmaßnahme darstelle, die sich mit dem noch nicht beendeten Schlichtungsverfahren nicht vereinbaren lasse. Der Arbeitgeberverband erklärt gleichzeitig, daß die Arbeitnehmerorganisationen für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden würden, und außerdem, daß den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes die Aussperrung der Arbeitnehmer in sämtlichen Betrieben der rechtsrheinischen Textilindustrie vorgeschlagen werden soll, wenn bis zum 19. d. M. die Kündigungen nicht zurückgenommen werden.

Dr. Eckener über das neue Luftschiff.

Hamburg, 17. Jan. Dr. Eckener, der sich zurzeit in Hamburg aufhält, gewährte einem Hamburger Pressevertreter eine Unterredung, in deren Verlauf er ausführte, das neue Versuchsschiff, das um die Hälfte größer als „Los Angeles" sein wird, werde zunächst mehrere Probe- und Propagandafahrten unternehmen. Wahrscheinlich wird eine dieser Reisen die geplante Nordpolfahrt sein, für die als Startplatz Haparanda in Frage komme. Man hoffe, mit den großen Probefahrten im Herbst 1928 beginnen zu können. Eine Fahrt soll ohne Zwischenlandung bis nach Brasilien führen.

Vor erheblichen Mietpreissteigerungen in Preußen?

Das „Berliner Tageblatt" will erfahren haben, daß vom Preußischen Wohlfahrtsministerium beabsichtigt sei, mit dem 1. April 1927 eine erhebliche Steigerung der Mietpreise für Wohnungen eintreten zu lassen. Die Erwägungen schwanken zwischen 10 und 20 Prozent.

Der englische Schatzkanzler beim italienischen Finanzminister

Rom, 17. Jan. Der englische Schatzkanzler Churchill besuchte heute den italienischen Finanzminister, Grafen Volpi. Die beiden Minister, die seinerzeit gemeinsam in London die englisch-italienischen Kriegsschulden regelten, hatten eine 1¼stündige freundschaftliche Unterredung über allgemeine Fragen.

Zu den Unruhen in Mexiko.

Neuyork, 17. Jan. Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, hat das Kriegsministerium die Absendung von Truppenverstärkungen nach dem Staate Jalisco angeordnet, nachdem Meldungen eingetroffen seien daß der „katholische Aufstand" dort einen ernsteren Umfang angenommen habe. Es wird behauptet, der Erzbischof Jimenez von Guadalajara stehe persönlich an der Spitze einer aus 500 Mann bestehenden Abteilung von Aufständischen.

Di[illegible] das Vermittlungsangebot Costaricas ab.

Neuyork, 17. Jan. Der Präsident von Nicaragua, Diaz, teilte dem Vertreter der „Associated Preß" in Managua mit, er könne das kürzliche Vermittlungsangebot des Präsidenten von Costarica nicht annehmen.

Die Regierungserklärung des Heldt-Kabinetts

erfolgt erst heute — ist aber bereits veröffentlicht!

Am Dienstag wird im Landtag von Ministerpräsident Heldt die Regierungserklärung verlesen werden. Eigentümlicherweise sind die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" schon jetzt in der Lage, eine Art Auszug aus der Erklärung zu veröffentlichen. Anscheinend ist das durch Mitteilungen eines der neuen Minister möglich geworden. — Wir geben im folgenden den Wortlaut, wie er in dem Chemnitzer Blatt zu finden ist, wieder:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsens

seien vor drei Jahren im Augenblick der Amtsübernahme des ersten Kabinetts Heldt sehr trübe gewesen, und es sei dessen dauerndes Bestreben gewesen, die wirtschaftliche Lage des Landes und vor allem der notleidenden Massen soweit als möglich zu heben. An diesem Bestreben solle auch in Zukunft festgehalten werden. Die Staatsform könne heute als durchaus gefestigt angesehen werden; dagegen liege die wirtschaftliche Situation, wie es ja bei einem so stark industriellen Lande wie Sachsen nicht verwunderlich sei, noch immer so traurig, daß ihrer Besserung alle Kräfte dienstbar gemacht werden müßten.

Beim Amtsantritt Heldts als Ministerpräsident der Großen Koalition hätten noch

scharfe Spannungen zwischen Reich und Sachsen

bestanden. Diese Differenzen seien heute erfreulicherweise überwunden. Größte Aufmerksamkeit erforderten allerdings die finanziellen Beziehungen Sachsens zum Reiche, wie sie der Finanzausgleich regele. Hier müsse dafür gesorgt werden, daß Sachsen die Möglichkeit seiner Eigenentwicklung sich erhalte, und daß vor allem eine tragbare Verteilung der aus der Arbeitslosenunterstützung erwachsenden Kosten erfolge.

Was

die Wohnungsfrage

anlange, so würden demnächst Veröffentlichungen über den Umfang der sächsischen Wohnungsnot bekanntgegeben und in Zukunft gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, sie in jeder Weise zu lindern. Die Regierung werde u. a. die Novelle zum sächsischen Baugesetz wieder einbringen. Die Aufwertungsfragen müßten endlich zu gesetzgeberischer Beruhigung gelangen. Allerdings dürfte es nicht unterlassen werden, im Rahmen der vorhandenen Aufwertungsgesetzgebung den Aufwertungsberechtigten weitere Erleichterungen zu verschaffen.

Soweit Mittel für kulturelle Belange flüssig gemacht werden könnten, würde auch auf diesem Gebiete vorwärtsstrebende Arbeit geleistet werden. So werde die Unterbringung der Staatssammlungen einer abschließenden Regelung zugeführt werden.

Im allgemeinen werde die Regierung

den Kurs der bisherigen Regierung weiter verfolgen.

Sie sei sich dabei dessen voll bewußt, daß sie auf die Unterstützung von Parteien angewiesen sei, die nicht in der Regierung sitzen, die aber zum Teil bereits gegenüber der früheren Regierung bewiesen hätten, daß sie mit Richtung und Zielen der Regierungspolitik im großen und ganzen einverstanden seien."

*

Zugeständnisse der SPD. an die Nationalsozialisten?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: Im Verlauf einer Auseinandersetzung mit den „Dresdener Nachrichten" hat der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hellmut v. Mücke diesem Blatte eine Zuschrift übersandt, worin folgender aufsehenerregender Satz vorkommt: „Für den Fall des Zustandekommens einer Fleißner-Regierung, auch ohne daß die Nationalsozialisten für diese aktiv gestimmt hätten, waren Zusicherungen gegeben worden, die Redefreiheit Hitlers betreffend, welche die Nationalsozialisten durchaus befriedigen konnten." Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, so kann dieser Satz nur das eine bedeuten, daß die Linkssozialisten sogar bereit gewesen wären, das Redeverbot für Hitler in Sachsen aufzuheben, wenn die Nationalsozialisten die Wahl Fleißners ermöglicht hätten. Hieraus ergibt sich, welche unglaublichen Anstrengungen die Linkssozialisten gemacht haben, um nur zur Macht zu gelangen. Auch den Aufwertlern gegenüber waren die Linkssozialisten, wie ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung" am Dienstag, am Tage der Ministerpräsidentenwahl, beweist, zu weitgehendem Entgegenkommen bereit, wenn sie die Aufwertler für Herrn Fleißner hätten gewinnen können. Aus dem Ganzen ergibt sich, wie groß die Gefahr tatsächlich gewesen ist, wenn Sachsen wieder mit einem linkssozialistisch-kommunistischen Kabinett unter Fleißners Führung beglückt worden wäre.

Schaffung von Sozial-Attachés.

Eine Anregung im Haushaltausschuß des Reichstages.

Im Haushaltausschuß des Reichstages gab gestern gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums der Berichterstatter Abg. Hoch (Soz.) eine interessante Uebersicht über die zahlreichen sozialpolitischen Gesetze, die sich zurzeit in Vorbereitung befinden.

Abg. Erfing (Zentr.) regte die Ernennung von Sozial-Attachees an, die in großen Industrieländern den deutschen Gesandtschaften zugeteilt werden sollen. Es wäre eine dankenswerte und für Deutschland sehr nützliche Aufgabe, die Sozialgesetzgebung der großen Industrieländer zu verfolgen. Ebenso wichtig sei die Beobachtung der Vorgänge der Arbeiterbewegung der anderen Länder. Von besonderer Bedeutung aber sei die Kontrolle darüber, ob und wie weit eigentlich in den übrigen großen Industrieländern die internationalen Uebereinkommen in der sozialen Gesetzgebung und in der praktischen Anwendung zur Auswirkung kommen. Wenn z. B. bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit Deutschland einem internationalen Abkommen beitrete, so werde man sicherlich in Deutschland kaum irgendeine Ausnahmebestimmung durchlassen. Aber es bringe Deutschland ins Hintertreffen, wenn andere Länder die Umgehung des Abkommens durch gesetzliche Lücken und Hintertüren vielleicht ermöglichen.

Staatssekretär Dr. Geib wies darauf hin, daß jetzt Arbeit mannigfachster Art in ungeahntem Umfang an das Reichsarbeitsministerium herangetreten sei. Nach dem starken Personalabbau würden deshalb die dem Ministerium verbliebenen Kräfte in einer Weise in Anspruch genommen, die man geradezu als Raubbau bezeichnen müsse.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte die Anregung, Sozial-Attachees zu ernennen. Es sei bisher nicht zu erreichen gewesen, die soziale Gesetzgebung in den übrigen großen Industrieländern ständig zu verfolgen. Die gegenwärtig bei den deutschen Missionen vorhandenen Herren seien mit anderen Aufgaben reichlich beschäftigt, andererseits seien es naturgemäß Herren der hohen Diplomatie, die den Fragen des Arbeitswohls, der Arbeitslosenfürsorge und den Lohnproblemen mehr oder weniger fernstehen. Für solche Sozial-Attachees kämen bis jetzt nur die wichtigsten fünf bis sechs Industrieländer in Frage. Die Auswahl dieser Kräfte müßte natürlich durch das Reichsarbeitsministerium erfolgen.

Protest der Deutsch-Amerikaner gegen die neuen Einwanderungsquoten

Neuyork, 17. Januar. Eine Versammlung von Vertretern der deutschen Vereine Neuyorks beschloß die Einberufung einer Massenversammlung für die erste Februarwoche, um gemeinsam mit den Skandinaviern gegen die neuen Einwanderungsquoten, die auf Grund unzulänglichen Quellenmaterials berechnet worden seien zu protestieren. Ferner soll auf dieser Protestversammlung die Entsendung von 60 Delegierten nach Washington beschlossen werden, die bei den Senatsverhandlungen den Standpunkt der Amerikaner deutscher Abkunft wahren sollen.

Wechsel in der Landeskommandantenstelle.

Dresden, 17. Jan. Mit dem 1. Februar d. J. scheidet Oberst Rütt, Landeskommandant von Sachsen, aus der Reichswehr aus. Als Landeskommandant von Sachsen ist, wie verlautet, Oberst Fischer in Aussicht genommen, doch bedarf seine Ernennung zum Landeskommandanten noch der Zustimmung der sächsischen Regierung.

Löbe für deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung.

Warschau, 17. Jan. Reichstagspräsident Löbe, der am Sonntag an der Feier des fünften Jahrestages der Gründung der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei Polens in Lodz teilnahm, betonte die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen, die auch zu einem besseren politischen Verhältnis führen werde. Zur Korridorfrage erklärte er, daß sie nur auf dem Wege friedlicher Verständigung gelöst werden dürfe.

Auf Einladung des Abg. Diamand wird Reichstagspräsident Löbe heute auch nach Warschau kommen. In hiesigen wirtschaftlichen Kreisen hofft man, daß die Besprechungen Löbel mit den leitenden politischen Persönlichkeiten zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau führen werden.

Berliner Börse vom 17. Januar.

Tendenz: Fest.

Der erste Börsentag der neuen Woche brachte bei Eröffnung des Geschäfts eine Haussebewegung auf verschiedenen Gebieten des Aktienmarktes, die etwas unerwartet kam. Die enorme Geldüberfülle hielt zwar an, doch glaubte man, daß die Hinweise auf die vielfach übertriebene Kursgestaltung zunächst eine ruhigere Weiterentwicklung herbeiführen werde. Die Spekulation schöpfte aber aus den sehr günstigen Meldungen über die Befestigung der Westdeutschen Eisenwerke und aus der flüssigen Bilanz der Krupp-A.-G. eine Anregung zu lebhaften Käufen in Montanaktien. Gleichzeitig blieben Kaliwerte bei sprunghaft erhöhten Kursen gefragt. Elektrowerte standen diesen beiden Aktiengruppen an Festigkeit nicht nach. Das Interesse der Spekulation wandte sich außerdem einer größeren Anzahl von Spezialpapieren zu, bis schließlich die Gesamtstimmung unter dem Eindruck dieser Sonderbewegungen bemerkenswert fest wurde. Kurssteigerungen von 5 bis 7 Prozent waren mehrfach zu verzeichnen, im Durchschnitt konnte sich das Niveau der Terminmärkte und der variablen Papiere um 1 bis 2 Prozent heben. Die Prämienerklärungen nahmen einen glatten Verlauf. Angebot von Prämienware, das die Kursgestaltung beeinträchtigen konnte, war nicht festzustellen.

Am offenen Geldmarkt hielten sich die Sätze auf ihrer bisherigen Höhe, d. h. auf 3—4½ Prozent und darunter für Tagesgeld, 5—6¼ Prozent für Monatsgeld und etwa 4⅝ für Warenwechsel mit Großbankgiro. Größere Beträge an kurzfristigen Mitteln konnten nicht untergebracht werden, so daß nach Devisen eine erhebliche Nachfrage herrscht.

Diskontherabsetzung in Oesterreich.

Wien, 17. Januar. Die Nationalbank setzte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 auf 6½ Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß um ½ Prozent.

Das Leiferder Urteil bestätigt.

Leipzig, 17. Jan. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts verwarf heute die gegen das Urteil des Schwurgerichts Hildesheim vom 4. November eingelegte Revision, durch das die Urheber des Eisenbahnattentats von Leiferde, der Musiker Otto Schlesinger und der Elektrotechniker Willi Weber, wegen fortgesetzter vorsätzlicher Eisenbahntransportgefährdung mit Todeserfolg in Tateinheit mit Mord zum Tode verurteilt wurden.

Die Revision wurde durch Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune vertreten, der sich vor allem gegen die Anwendung des Mordparagraphen (§ 211 des Strafgesetzbuches) wandte und außerdem verschiedene prozessuale Rügen geltend machte. Insbesondere seien die Angeklagten nicht, wie es vorgeschrieben sei, auf die durch die Erweiterung der Anklage veränderte Rechtslage aufmerksam gemacht worden. Der Strafsenat folgte dem Antrage des Reichsanwalts und verwarf demgemäß die Revisionen. Eine nähere Begründung dieser Entscheidung wurde zunächst noch nicht gegeben.

Wiederaufnahmeverfahren im Leiferde-Prozeß?

Nach einer Meldung aus Hannover wird die Verteidigung im Leiferde-Prozeß die Wiederaufnahme des Verfahrens anstreben, und zwar auf Grund eines neu vorliegenden Gutachtens eines namhaften Züricher Arztes, nach dem die Angeklagten in höherem Maße Psychopathen sein sollen als in dem Gutachten, das in der Hauptverhandlung abgegeben worden ist, zum Ausdruck kommt.

Messerstecherei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten.

Augsburg, 17. Jan. In der Nacht zum Sonntag kam es in der Klaukestraße vor einer Gastwirtschaft zu einer Messerstecherei zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Nationalsozialisten, bei der drei Personen leicht verletzt wurden.

Im Streit erschossen.

Cannstadt, 17. Januar. Im Verlaufe eines Streites zwischen jüngeren Leuten gab ein Hamburger Kraftwagenführer auf zwei ihn Verfolgende einen Schuß ab und tötete einen der Verfolger, einen 22 Jahre alten Mechaniker, durch einen Schuß ins Herz. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Berliner Rechtsanwalt in Spritschiebungen verwickelt.

Ein Berliner Rechtsanwalt soll in die großen Spritschiebungen der Brüder Schwarz verwickelt sein. Die Anschuldigung der Ermittlungsstelle des Landesfinanzamtes laute auf fortgesetzten schweren Betrug und fortgesetzte schwere Urkundenfälschung, ferner Beamtenbestechung und Hinterziehung der Monopolabgaben. Der Rechtsanwalt erklärt dazu, daß er lediglich im Interesse seiner Klienten, der Brüder Schwarz gehandelt und selbst außer seinem Honorar aus den Verfehlungen keinen Nutzen gezogen habe.

Schlägerei beim Sechstagerennen.

Berlin, 17. Januar. Als heute morgen bei dem hiesigen Sechstagerenen der Führer van Kempen einen Vorstoß machte, entstand eine Jagd, in derem Verlaufe die beiden Fahrer Koch und Bauer zu Falle kamen. Bald darauf entstand eine Schlägerei zwischen van Kempen und einem der an der Bahn stehenden Pfleger, weil dieser, wie van Kempen behauptete, über den Sturz Bauers gelacht haben soll.

Die Grippe-Epidemie.

Eschweiler, 17. Januar. Durch die zahlreichen Erkrankungen an Grippe leidet jetzt sogar der Betrieb in den kleineren Werkstätten. Todesfälle waren in der vergangenen Woche nur wenige zu verzeichnen. Ferner wurden zwei Fälle festgestellt, bei denen Typhusverdacht vorliegt. Alle Vorkehrungen gegen eine weitere Ausbreitung der Epidemie sind getroffen.

Das Eisenbahnunglück im Münchener Ostbahnhof vor Gericht.

München, 17. Jan. Die Verhandlung gegen den Lokomotivführer Aubele aus Rosenheim, der den am Pfingstsonntag 1926 verunglückten Personenzug fuhr, findet voraussichtlich am Mittwoch, den 2. März, im großen Schwurgerichtssaal im Justizpalast statt. Die Verhandlungen werden mehrere Tage in Anspruch nehmen. Es sind 42 Zeugen, sieben Sachverständigenzeugen und sechs Sachverständige geladen. Bei dem Unglück wurden, wie erinnerlich, 28 Personen getötet und 274 verletzt. Die Verteidigung haben an Stelle des erkrankten Rechtsanwalts von Wien Rechtsanwalt Aldinger-München und Justizrat Sonnenfeld-Berlin übernommen.

Domelas „Heimkehr" nach Gotha.

Weimar, 16. Januar. Wie aus Köln berichtet wird, hat die Kölner Staatsanwaltschaft den Antrag des Verteidigers Harry Domelas, die Hauptverhandlung in Köln stattfinden zu lassen, abgelehnt, da Domela in Köln nur geringfügige Delikte begangen hat. Die Staatsanwaltschaft soll vielmehr beschlossen haben, daß die Hauptverhandlung in Gotha stattfindet und der falsche Prinz schon in den nächsten Tagen nach Gotha übergeführt werden wird.

Ein Riesenbetrugsprozeß.

Breslau, 17. Januar. Vor dem großen erweiterten Schöffengericht begann heute die Verhandlung gegen den 35jährigen Kaufmann Siegmund Böhm aus Trebnitz und Genossen, die alle des Betrugs angeklagt sind. Zu dem Prozeß, der aller Voraussicht nach 6 bis 7 Wochen in Anspruch nehmen dürfte, sind 370 Zeugen geladen. In der Zeit von 1924/26 sollen sich die Beschuldigten in 336 unter Anklage gestellten Fällen gemeinschaftlich schwerer Betrügereien schuldig gemacht haben und zwar umfangreicher Darlehnsschwindeleien, wobei sie über 100 000 Mark erbeutet haben.

Wildschweinplage.

Die Wildschweine, die während des Krieges von den Vogesen auf das rechtsrheinische Ufer hinüberwechselten, haben sich dort so stark vermehrt, daß sie zu einer schweren Plage der Land- und Waldwirtschaft geworden sind. In den letzten Jahren veranstaltete Polizeijagden mit großem Jägeraufgebot hatten wenig Erfolg. Erst in diesem Winter gelang es mehrmals, die Tiere einzukreisen. So wurden bei Engen in Oberbaden vier Wildschweine, von denen das eine über drei Zentner wog, und ein Keiler von 396 Pfund erlegt.

Hohe polnische Marineoffiziere als Betrüger.

Warschau, 16. Januar. In einem der größten polnischen Bestechungsprozesse ist nach dreimonatiger Verhandlung das Urteil gesprochen worden. Die Anklage hat seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt. Es wurde einem der höchsten polnischen Marineoffiziere, dem Commodore Bartoszewicz, Leiter der Marineabteilung des Kriegsministeriums, Bestechlichkeit und schwerer Betrug bei Kriegslieferungen vorgeworfen. Angeklagt waren ferner vier weitere Commodore und vier andere Offiziere. Bartoscewicz wurde zur Ausstoßung aus Heer und Marine und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Es wurden ihm 85 Fälle von Unterschlagung und Fälschung und 34 Fälle von Bestechlichkeit nachgewiesen, indem er bewußt untaugliches Kriegsmaterial für die Marine abnahm. **Bei den übrigen Offizieren handelt es sich lediglich um Verletzung von Dienstvorschriften und Nachlässigkeit. Sie wurden daher nur zu Arreststrafen von ein bis drei Monaten verurteilt, einige wurden sogar freigesprochen.**

Schwerer Straßenbahnunfall in Konstantinopel.

Auf einer steil abfallenden Straße in Stambul versagten die Bremsen eines Straßenbahnwagens. Der Wagen warf eine Pferdedroschke in ein Kaffee hinein und prallte dann auf einen anderen Straßenbahnwagen auf. Neun Personen wurden schwer, dreizehn leicht verletzt.

Arbeitslosendemonstration in Paris.

Nach einer Meldung aus Paris fand am Montag eine Demonstration von etwa 2000 durch die Wirtschaftskrise arbeitslos gewordener Hotel- und Gasthausangestellten statt, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führte. Die Manifestanten begaben sich, von der Polizei zersprengt, in kleineren Gruppen nach der Arbeitsbörse, wo eine Versammlung stattfand, in der der Sekretär der Nahrungsmittelgewerkschaft Hilfe für die Arbeitslosen der Nahrungsmittelbranche verlangte, die allein in Paris und Umgebung 20 000 Arbeitslose zählt. Am Abend übermittelte eine Delegation dem Polizeipräfekten die Wünsche der Arbeitslosen.

Zeitungsverbot in Litauen.

Kowno, 17. Januar. Das Organ der litauischen Faschisten, Tautos Balsa, ist verboten worden. Der Chefredakteur des Blattes, Taknus, wurde verhaftet.

Absturz vom Sonnwendstein.

Wien, 17. Januar. Der 17jährige Graf Bela Szechenyi, der seit einigen Monaten im Semmering weilte, um dort Erholung zu suchen, ist auf dem Sonnwendstein von einer Felswand abgestürzt. Ein Bruch der Wirbelsäule führte sofort den Tod herbei.

Vier Todesopfer eines Mordanschlages.

Warschau, 17. Januar. In Isabella, einem Dorfe in der Nähe von Warschau wurde gestern nacht ein Mordanschlag auf eine Bauernfamilie verübt. Vier Personen wurden tot und zwei in hoffnungslosem Zustande aufgefunden. Wahrscheinlich handelt es sich um Raubmord. Die polnischen Behörden haben die Verfolgung der bisher noch unbekannten Täter aufgenommen.

Motorfahrzeugstatistik in der Schweiz.

Im Jahre 1926 hat sich die Zahl der Motorfahrzeuge in der Schweiz außerordentlich vermehrt und ist von 59 232 auf 72 214 gestiegen.

Charlie Chaplins Scheidungssorgen.

Reuter meldet aus Los Angeles: Frau Lita Grey Chaplin, die Gattin des großen Charlie, klagt auf Scheidung. Der Prozeß läuft schon recht lange und ist jetzt so weit gediehen, daß die anklagende Ehefrau mit ihren Forderungen herausrückt. Das ist am Montag geschehen. Sie wirken selbst in U. S. A. sensationell. Frau Lita verlangt für die Erziehung ihrer beiden Kinder vorläufige Alimente, ständige Alimente, einen hohen Prozentsatz des gesamten Vermögens und den Ersatz der Anwaltsgebühren. Die Beschwerdeschrift füllt 42 Seiten und beginnt eigentlich mit dem Hochzeitstage, der am 25. November 1924 in Mexiko gefeiert wurde. Frau Chaplin schätzt das Vermögen ihres Gatten auf 16 Millionen Dollar, von denen 10 Millionen als „Eigentum der Chaplin-Filmgesellschaft" geführt werden. Charlies jährliches Einkommen soll — von der gleichen Seite vorsichtig geschätzt — eine Million Dollar betragen, hinzu kommen noch 300 000 Dollar aus anderen Quellen.

Die deutschen Ausgrabungen in Athen.

Die Ausgrabungen, die in den letzten Tagen in Athen auf dem Platze des alten Athener Friedhofes Keramaikos Dipylon unter Finanzierung des Deutschamerikaners Oberländer durch die Deutsche Archäologische Schule begonnen wurden, beanspruchen besonderes Interesse. Sie werden vier Jahre dauern. Die deutschen Archäologen sind überzeugt, daß man dort archäologische Schätze von höchster Bedeutung finden wird. Unter den Fundamenten des Pompelon, eines Gebäudes, das für die Vorbereitung großer Begräbnisse diente, hat man ein älteres Gebäude sowie mehrere Gräber mit geometrischen Vasen und Ornamenten freigelegt. Der berühmte deutsche Archäologe Professor Dorpelt ist der Meinung, daß die wiedergefundenen Gräber der früheren pelasgoetruskischen Epoche zur Zeit des Erscheinens der Achäer in Athen angehören.

Die Frauen vom Sundsvallhof.

Roman von Anny Wothe.

Copyright by Anny Wothe, Leipzig.
Nachdruck nicht gestattet.

(17. Fortsetzung.)

„Wir müssen die Qual voll auskosten, Evert Egersund. Sage der Mutter, daß ich ihrem Befehl folge, aber ohne Hochzeitsjubel, ohne Spiel, ohne Tanz. Man wird es so natürlich finden, jetzt, wo die Sorge unseren Hof umlauert. Du, die Mutter, Kare und Faleide Tönsborg, ihr mögt mich zu Schiff nach Lyngenfeld in unsere Kirche geleiten, sonst niemand außer Jörgen Tönsborg, dem ich dann zu eigen sein werde bis in die Ewigkeit. Nun geh, Evert Egersund, und geh mit Gott."

„Ich kann nicht, Gunhild, ich kann nicht."

„Geh und tue, wie ich dir gebot. Nichts wird mich hindern, den Weg zu gehen, den ich jetzt gehen muß, der allein uns entsühnen kann."

„Und wenn man mich doch von Kare reißt, wenn sie Ola Borgesons Weib sein will, dann bin ich ganz verlassen, und nie, nie, kann ich mich zu dir zurückfinden, nie mehr."

„So soll es sein," entgegnete das Mädchen mit unheimlicher Ruhe. „Ausgelöscht soll alles zwischen uns sein, in Zeit und Ewigkeit. Geh heim, dein Weib und deine Kinder fordern dich, und ich harre des Bräutigams. Geh!"

Schauerlich klang ihr Lachen durch das Mittagszauberweben.

Sie reichte Evert die Hand, und ihr Lippen legten sich einen Augenblick leise, wie zum Segen, auf seine tiefgesenkte Stirn.

„Mit diesem Kuß," sprach sie, weit in die goldenen Fernen blickend, „nehme ich die Sünde von dir, Evert Egersund. Mit meinem Lebensglück lösch ich die Sünde aus."

Er ergriff ihre weißen, kühlen Hände. Tränen, heiße, qualvolle Tränen stürzten aus seinen Augen und netzten ihre schlanken Finger, als er leise zu ihr herniederstammelte:

„Wie du willst, Gunne, soll es geschehen, wie du willst."

Noch einmal zog er ihre Hände an seine brennenden Augen, an seine zuckenden Lippen, dann riß er sich los und stürzte von dannen.

Gunne stand hochaufgerichtet auf dem alten Moränenhügel und blickte ihm nach. Er sprach nicht vor bei der Budeie, unaufhaltsam schritt er weiter.

Der Wind spielte in Gunnes roten Locken. Starr blickte sie Evert nach. Jetzt war er am Elf, sie sah ihn unsicher hin und her irren, den Uebergang zu finden, aber nicht einmal wandte er den Blick zu ihr.

Ein Zittern kam da plötzlich über sie. „Vorbei, vorbei, für immer."

Ein grauenvolles Leben tat sich vor ihr auf, und der, um dessentwillen sie den Leidensweg erkor, der schlimmer war als der Tod, der hatte nicht einen Abschiedsblick für sie.

Wild preßte sie die Hände gegen ihre Brust, um den Schmerzensschrei zu ersticken.

Da sah sie Evert über den Fluß schreiten. Es schien, als versinke er in dem tosenden Wasser, so hoch schlugen die Wellen. Jetzt hatte er wohl das andere Ufer erreicht. Da stand er still.

Er hatte den Hut abgenommen. Sie sah seinen blonden Kopf über dem Wasser. Er blickte unbeweglich zu ihr herüber. Sie fühlte es, obwohl sie seine Züge nicht mehr erkennen konnte, so weit war die Entfernung, die sie trennte. Auch Gunhild sah unverwandt zu ihm hinüber. Da hob er zum letzten Mal die braune Hand, dann war Evert Egersund ihren Blicken entschwunden.

Mit einem Schrei brach Gunhild in die Knie.

Wirr fielen die Locken über ihr von Tränen überströmtes Antlitz.

So lag sie lange, das Haupt der Sonne zugewandt, die goldene Reifen durch ihre Locken spann. Dann stand sie auf, ein seliger Glanz verklärte ihr blühendes Gesicht. Stolz reckte sich Gunnes Gestalt, und sicher und fest schritt sie der Säterhütte zu.

Die Budeie wartete schon mit dem Mittagsmahl und war sehr enttäuscht, daß Gunhilds Begleiter fehlte.

Gunhild aber sagte — und ihre Lippen zuckten leise:

„Er hat es eilig heimzukommen, den Brautwerber will er für mich machen. Gelt, Mädchen, das freut dich doch?"

Und als die Bauerndirne sie verständnislos ansah, sprach sie weiter:

„Streu weißen Sand in die Stube und frisches Grün darauf, und kränze mit Birkenlaub die Hütte, Mädchen, denn eine Braut trat über deine Schwelle, Jörgen Tönsborgs glückselige Braut!"

Sie lachte wild auf und in das Lachen mischte sich ein unterdrücktes Schluchzen.

Da schlang die Budeie glückwünschend ihren Arm um die Schulter des stolzen Mädchens und murmelte einen alten, norwegischen Spruch:

Vergebung allen Sündern,
Wind allen Segelnden,
Glück allen Liebenden.

Da neigte Gunhild einen Augenblick ihre heiße Wange zärtlich gegen die gebräunte der jungen Magd.

Dann richtete sie sich, tief aufatmend, empor.

Der Spruch hatte ihr gut getan.

„Vergebung allen Sündern?" Das war eine gnadenvolle Verheißung an der Schwelle des neuen Lebens.

„Wind allen Segelnden"?

Ja, sie brauchte den Wind, den frischen, fördernden Wind, wenn sie ihr schwankes Lebensschifflein hinaussteuerte auf den wilden Ozean des Lebens.

Und was hatte Fenje Törvis noch verheißen?

„Glück allen Liebenden"?

Da faltete Gunne fromm die Hände.

Ihre Augen suchten die weißen Berge mit dem blaugrünen Glanz der Gletscher. Die Mittagssonne warf jetzt ein Goldgespinst von funkelnden Sternen darüber hin.

„Guter Gott," betete Gunne aus vollstem Herzen, laß mein Opfer nicht vergebens sein. Nimm es an, hilf mir, allgütiger Gott und Vater, und laß Evert Egersund und Kare glücklich sein".

Und die Sonne lachte dazu, und da unten, aus dem norwegischen Hexenwalde stiegen blaue Nebel wie luftige Schatten empor.

• • •

SLUB
Wir führen Wissen.

Zahnärztliche Jugendfürsorge.

Ihre Bedeutung und Zukunft im modernen Staatswesen.

Von Bezirksschulzahnarzt Dr. Hopstein.

Fürsorge, ein segensreiches Wort von staatserhaltender Kraft! Das Bestreben aller Kulturvölker war stets, durch Pflege von Geist und Körper im Kampf des Lebens wahrhaft zu werden! Der gesunde Kern im menschlichen Körper ist maßgebend für die Bewertung eines Volkes! Der Jugend gehört die Zukunft des Landes und daher muß die erste Sorge eines geordneten Staatswesens die Gesunderhaltung der „Jüngsten" sein! Das „Beste" zur Ertüchtigung der kommenden Generation ist gerade gut genug, um unsere Zukunft bestimmen zu können!

Mannigfaltig sind die Aufgaben auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Eine überaus wichtige, von den Verwaltungen teilweise sehr vernachlässigte Fürsorgeeinrichtung ist die Ausübung der „Schulzahnpflege"! Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge findet sie ihre Hauptbedeutung in Maßnahmen vorbeugender Art. Fürsorge soll getrieben werden, daher ist auch die Bezeichnung „Zahnärztliche Jugendfürsorge" glücklicher, weil die „Schulzahnpflege" unbedingt in das Gebiet der „Allgemeinen Fürsorge" gehört, und das Wort „Schulzahnpflege", besonders aber die hiervon abgeleiteten Eigenschaftsworte, eine sprachliche Unmöglichkeit bedeuten. Fast alle in Frage kommenden Kreise haben den Nutzen der zahnärztlichen Jugendfürsorge anerkennen müssen und wenn die finanziellen Verhältnisse es nur annähernd erlaubten, dieselbe auch eingeführt. Ein besonderer Verdienst der Lehrerschaft ist es, hier entscheidend mitgewirkt zu haben. Gerade der Lehrer, der die Psyche des einzelnen Kindes besser kennt, wie ein Außenstehender, ist berufen, ein kritisches Urteil über den Erfolg dieser vorbeugenden Gesundheitsfürsorge abzugeben und die Lehrerschaft hat den Bestrebungen der zahnärztlichen Jugendfürsorge stets das größte Verständnis entgegengebracht.

Treffend hat sich Kaufmann, der ehemalige Präsident des Reichsversicherungsamtes, auf der Tagung der deutschen Gesellschaft für soziale Reform im Jahre 1925 in Köln wie folgt geäußert: „Schaden verhüten, ist besser denn Schaden vergüten!" Es ist nötig, daß künftige Erkrankungen mit daraus resultierender Arbeitsunfähigkeit im Keime erstickt werden. Wie oft erlebt der Fürsorgezahnarzt das tragische Schauspiel „zu spät"!, wie niederschlagend für Kind und Eltern ist die Erkenntnis, daß bei zeitigerem Eingriff die jetzt kaum wieder herzustellende Entstellung — bedingt durch vorzeitige Extraktionen, verspätete Regulierung usw. — hätte behoben worden können! Hingegen welch ein wertvolles Argument körperlicher Kraft und Schönheit ist ein gesundes Gebiß! Wie wird das Selbstbewußtsein gestärkt in dem Gedanken, seine Zähne gesund und gepflegt zu wissen! Der Zustand des Gebisses entscheidet oft über das menschliche Schicksal, in dem Berufswahl, Eheglück, körperliche und geistige Arbeitskraft davon abhängen! Heer und Marine haben bei Erklärung von Militärtauglichkeit und Tropendienstfähigkeit auf den vollständigen Bestand des Gebisses mit Recht größten Wert gelegt! Auch die Eignung für den Polizeidienst wird neuerdings von der Beschaffenheit der Zähne abhängig gemacht.

Die zahnärztliche Fürsorge ist also auf Grund jahrelanger Erfahrungen aus sich selbst heraus gewachsen! Erst nachdem man durch Schaden klug geworden ist, haben fortschrittliche Stadt- und Gemeindeverwaltungen sich dazu entschließen können, die zahnärztliche Jugendfürsorge freiwillig als Dauereinrichtung einzuführen. Es ist eine soziale Tat dieser weitblickenden Verwaltungsbeamten, die sich hierfür einsetzten!

Bedauerlich ist, daß diese freiwillige Leistung von der Staatsregierung bisher nur so wenig Anerkennung und Unterstützung gefunden hat. Ebenso haben die Krankenkassenverbände und Landesversicherungen ihr Interesse zwar wiederholt geäußert, aber es unbegreiflicher Weise an durchgreifenden Hilfsaktionen fehlen lassen. Gerade diese gemeinnützigen Körperschaften sollten eigentlich das größte Interesse daran haben, weil ihnen eine rechtzeitig durchgeführte zahnärztliche Jugendfürsorge späterhin nur von Vorteil sein kann.

Die heutige Kampfstellung der Zahnärzte gegenüber den Krankenkassen wegen nicht ausreichender Honorierung beruht nur darauf, daß die Kassen zum Teil nicht in der Lage sind, die erheblichen Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz aufzubringen! Daher die Mißstände, daß z. B. einzelne Krankenkassen nur 30 Prozent ihrer Mitglieder eine einzige Füllung in der Behandlungszeit genehmigen können! Daher die Neugründung von Kassenkliniken, die das Recht des Zahnarztes auf Arbeit und Existenz auf die Dauer erdrosseln müssen u. a. Man ist heute leider noch nicht in der Lage, dieser grassierenden Volkskrankheit, denn als solche muß die Zahnfäule mit ihren Begleiterscheinungen bezeichnet werden, Einhalt zu tun. In Zukunft wird der allgemeinen Regelung der Fürsorgefrage und somit auch der zahnärztlichen Jugendfürsorge nähergetreten werden müssen! Dafür spricht einerseits die Selbsthilfe der Städte und Kommunen durch freiwillige Leistungen, andererseits die von sachverständiger Seite aus zahnärztlichen Kreisen gegebenen Hinweise auf die Bedeutung der zahnärztlichen Wissenschaft. Zu einer umfassenden fürsorgerischen Tätigkeit auf dem Gebiete der Zahnheilkunde gehört nicht allein die zahnärztliche Behandlung, sondern eine eingehende Agnoszierung aller damit im Zusammenhang stehenden Allgemeinerkrankungen, die das Heranwachsen der Jugend gefährden können. Es ist unbedingt erforderlich, daß der zahnärztliche Stand als medizinischer Beruf vollgewertet und die zahnärztliche Wissenschaft in der ihr zukommenden Weise gewürdigt wird. Leider findet man in den zuständigen Verwaltungen nicht immer das Verständnis, das man eigentlich als Selbstverständlichkeit voraussetzen müßte. Dies liegt wohl in der Hauptsache daran, weil den meisten Ausschüssen eine berufene sachverständige Beratung fehlt. Man verläßt sich mehr oder weniger auf selbstgemachte Erfahrungen! Es müßten allgemeine Richtlinien zur Durchführung der zahnärztlichen Jugendfürsorge aufgestellt werden, die allen Gesichtspunkten gerecht würden.

Gegenüber den Zahnärzten im freien Beruf bedarf es besonderer Aufklärung. Es ist natürlich, daß in heutiger Zeit der wirtschaftlichen Not der selbständige Zahnarzt mit allen Mitteln darauf bedacht sein muß, existenzfähig zu bleiben.

Welcher Zahnarzt klagt wohl heute nicht über rückständige Bezahlung seiner Liquidationen und welcher Patient nicht über die Höhe der zahnärztlichen Rechnung? Eine Regelung dieser unhaltbaren Zustände kann nur durch gemeinsame Arbeit aller die Zahnheilkunde betreffenden Organisationen erfolgen und es sind auch diesbezügliche Gesundungsprozesse angestrengt worden. Es gehört zur Ausübung des zahnärztlichen Berufes ein taktisches Feingefühl, um sich in das Empfinden seines Patienten hineinzutasten. Der Zahnarzt muß sich das Vertrauen seiner Patienten erwerben können! Die ist vor allen Dingen von einem, in der Jugendfürsorge tätigen Zahnarzt zu verlangen. Eignung, Duldsamkeit, Lust und Liebe zum Beruf sind unentbehrliche Eigenschaften. Dieser anstrengende Beruf verlangt die volle Arbeitskraft und Verantwortung eines Menschen. Die Jugend muß zur Mund- und Zahnpflege erzogen werden. Dann wird man in Zukunft auch davon überzeugt sein, daß rechtzeitige vorbeugende zahnärztliche Jugendfürsorge den Zahnärzten im freien Berufe nicht das „Wasser" abgräbt, sondern für eine „gesunde Berieselung" Sorge trägt.

Der Mund, als gefährlichste Infektionspforte des menschlichen Körpers, bedarf sorgfältigster Ueberwachung und Pflege. Besonders während der Erziehung des Kindes, wo die Ansteckungsgefahr sehr groß ist und die Widerstandskraft unseres Nachwuchses durch die Folgen des Krieges (Unterernährung, Tuberkulose) mangelnde Erziehung, Krankheiten, wirtschaftliche Not u. a.) noch nicht gestählt ist, um aus eigenem Antriebe den Zahn- und Mundkrankheiten erfolgreich entgegenzutreten.

Diese Erkenntnis bestimmt die verantwortlichen Führer im Staate heute mehr denn je dazu, vorbeugende Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit des Volkes zu ergreifen. Nicht immer führen die eingeschlagenen Wege zum Ziele oder sind von Erfolg begleitet! Besonders weil der größte Teil dieser Maßnahmen von den Verwaltungen freiwillig übernommen und noch nicht obligatorisch geregelt worden ist. Die heutigen Zeitverhältnisse erschweren die restlose Durchführung der Fürsorge dadurch, daß die Sparsamkeit — bedingt durch Kapitalmangel — die Städte und Kommunen zwingt, auch diese freiwilligen Leistungen einzuschränken! Es ist unumgänglich, daß bei der Ausübung der zahnärztlichen Jugendfürsorge der amtliche Charakter gewahrt werden muß. Die Tätigkeit wird sowohl haupt- wie nebenamtlich ausgeübt. Im allgemeinen kann hauptamtlich eine Zahl von etwa 4—5000 Kindern von einem Zahnarzt versorgt werden. Diese beamteten Zahnärzte üben ihre Tätigkeit meistens in den von den Verwaltungen eingerichteten Kliniken aus.

Die nebenamtliche Betätigung kommt in den meisten Fällen auf dem Lande in Frage. Ein ortsansässiger Zahnarzt behandelt an bestimmten Tagen der Woche die zahnkranken Schulkinder der in Frage kommenden Orte in einer Sprechstunde.

Bei dieser nebenamtlichen Tätigkeit ist es aber dem ausübenden Zahnarzt praktisch fast unmöglich oder zum mindesten sehr schwierig, alle Kinder gewissenhaft zu untersuchen oder zu behandeln, zumal wenn er in der Privat- oder Kassenpraxis ausreichend beschäftigt ist. Diese fürsorgerische Arbeit beansprucht restlose Hingabe und vollste Verantwortung eines hierfür beruflich geeigneten Arztes!! Produktive Arbeit kann daher nicht geleistet werden. Es werden dann meist nur Kinder behandelt, die Schmerzen haben, anstatt man danach strebt, alle Kinder zu sanieren oder saniert zu erhalten.

Auch scheinen die Kosten, wie Erfahrungen gezeigt haben, nebenamtlich erheblich mehr zu betragen, als hauptamtlich.

Wie schon erwähnt, handelt es sich um verschiedenartige Durchführungen, die selbstverständlich alle besondere Vorteile haben. Eine individuelle Regelung der zahnärztlichen Jugendfürsorge und die Einführung von „Allgemeinen" Durchführungsbestimmungen ist unbedingt angezeigt! Eine allzu festgefügte Systematisierung ist von Uebel! Zweckmäßigkeit sei maßgebend! Der Eigenart von Land und Leute ist es zu überlassen, ob eine Zentralisation in einer Klinik, d. h. die Schulkinder müssen zum Zahnarzt kommen (Stadt) oder die Dezentralisation mittels einer transportablen Klinikeinrichtung, d. h. der Zahnarzt muß zu den Schulkindern kommen (Land) für ratsam erachtet wird.

Eine Kombination wird in allen Fällen dazu beitragen, den Unterschied zwischen Stadt und Land zu verwischen und eine einheitliche Durchführung der zahnärztlichen Jugendfürsorge zum Segen des Staates bedingen!

Es kommt nicht darauf an, daß durch mehr oder weniger aufgemachte Berichte die Allgemeinheit von den Leistungen auf dem Gebiete der zahnärztlichen Jugendfürsorge eingehend unterrichtet wird, sondern Zweck der ganzen Einrichtung soll sein die Jugend zur Mund- und Zahnpflege anzuhalten und die Behandlung der Zähne während der Erziehung der Kinder regelmäßig zu überwachen und vorzunehmen!

Die vornehmste Pflicht der zahnärztlichen Jugendfürsorge muß sein, sich speziell auf das Patientenmaterial in den Schulen zu beschränken und standespolitisch daran mitzuwirken, die Allgemeinheit von der sachwissenschaftlichen Bedeutung des zahnärztlichen Berufes zu überzeugen.

Allen Photo-Amateuren und denen, die es werden wollen, zur Kenntnisnahme!

Am Donnerstag, den 20. Januar hält
Ing. W. Sürth, Dresden
im „Muldetal", abends 8 Uhr einen

Agfa-Lichtbilder-Vortrag
mit praktischen Vorführungen.
Eintritt frei!

Erler & Co. Nachf. Inh.: Karl Sommer. **Curt Simon.**

Trübe schlichen im Sundsvallhof die Tage. Nicht mal die Nachricht, die Evert Egersund heimgebracht, daß Gunhild gefunden sei, daß sie lebe, und daß sie Jörgen Tönsborgs Braut sein wollte, hatte die Gemüter nicht rütteln können aus der dumpfen Lethargie, die alle gefangen hielt.

Nur Mutter Gyre hob das weißgewordene Haupt wieder höher und stolzer empor. Sie hatte über ihr schönstes und stolzestes Kind gesiegt. Gunne würde auf den Tönsborghof freien. War ihr Hoffen da zu kühn, wenn sie meinte, auch ihren schlimmsten Feind, Ola Borgeson, niederzwingen zu können?

Kare gefiel ihr nur gar nicht. Wie im Traum wandelte sie umher, und des Nachts hörte sie die junge Frau, die jetzt bei den Kindern schlief, als fürchtete sie, die Kleinen könnten ihr genommen werden, leise weinen und schluchzen.

Ihre Tränen würden schon wieder trocken, wenn Ola Borgeson erst gründlich abgetan war.

Ein unbehagliches Gefühl aber beschlich Mutter Gyre doch, wenn sie an Kares Augen dachte, die Augen mit dem grünblauen Schein der Gletscher; die so klar ihr bis auf den Grund der Seele spähten. Was wollten diese Augen von ihr?

Einst hatten die Augen ihrer schönen Tochter sie anders angeblickt.

Keine Spur mehr von der sanften Ergebenheit in der Mutter Willen las sie jetzt darin, nur Auflehnung, Mißtrauen und Härte.

Konnte ihr sanftes Kind, die Nachgiebigste von allen, auch hart sein?

Mutter Gyre schüttelte ihr Haupt mit dem weißen Haar, das sich so starr um das bräunliche Gesicht mit den großen, grauen Augen bauschte.

Bis jetzt hatte sie noch immer das Regiment behauptet, und Kare wäre die letzte, die ihr das Zepter entwinden sollte.

„Und wenn du ihre Liebe dabei verlierst," raunte eine tiefe Stimme in ihrem Innern.

Unwirsch über sich selbst, wies die alte Frau vom Sundsvallhof den aufkeimenden Gedanken ab. Nur eiserne Strenge, ein unbeugsamer Wille konnte hier helfen, und diesen Willen hatte sie, und nichts, nichts sollte ihn erschüttern. War es nicht zu Kares Bestem, wenn sie leugnete, daß sie damals schwieg, als Ola Borgeson ihr mitgeteilt, daß er lebe?

Damals war Kare schon Evert Egersunds Weib, und nicht eine Minute hatte sie gezaudert, Ola Borgeson die Lüge zu übermitteln, daß Kare gestorben.

Das dünkte ihr damals die einfachste Lösung. Wie wollte er jetzt beweisen, daß er wirklich Ola Borgeson war? Er sah so anders aus, daß ihn kaum einer aus der Heimat wieder erkennen würde. Ausweispapiere besaß er nicht, und Kare mußte ihre dummen Worte von damals, zu denen sie sich hinreißen ließ, als Ola Borgeson wiederkehrte, einfach widerrufen.

Wenn Kare ihn nicht anerkannte, dann war wohl die Sache entschieden, von Kare hing alles ab. Sie würde sich wohl dazu bequemen müssen. Schon ihrer Kinder wegen konnte sie nicht anders.

Und wenn sie sich doch zu Ola Borgeson bekannte?

Sorgenvolle Bedenken beunruhigten wieder die Seele der alten, harten Frau.

Hatte es Kare auch nicht schon halb und halb getan? Hatte sie nur ein einziges Wort des Widerspruchs erhoben, als Ola Borgeson so ohne weiteres, so ganz selbstverständlich Besitz von dem Storjördhof nahm?

Umsonst hatte Mutter Gyre damals die ganz Starrsinnige zu bewegen versucht, einzuschreiten, ihm den Hof zu wehren.

Kare hatte es abgelehnt mit den Worten:

„Der Hof ist sein. Für ihn habe ich um den Hof mit euch gekämpft."

Vergebens war es auch, daß sie Evert Egersund zu Hilfe rief.

„Es ist Kares Hof," sagte er. „Ich habe ihr versprochen, ihr über den Hof völlig freie Hand zu lassen. Sie muß wissen, was sie tut."

„So ein dummer Kerl! Die Männer sind oft unbegreiflich," dachte Mutter Gyre. „Anstatt hier als Mann ein Machtwort zu sprechen, läßt er alles gehen, wie es gehen will."

Ueberhaupt war mit Evert nichts anzufangen. Wie ein Verrückter lief er im Hause umher. Tagelang war er abwesend, und nicht mal zum gemeinsamen Mittagessen war er zu Hause.

Zuweilen kam er flüchtig zum Vesper und strich mit seiner großen, kräftigen Hand flüchtig über die Köpfe der Kinder, dann fuhr er mit seinem Segler wieder hinaus auf das weite Meer, oder er strich tagelang zwischen den Bergen und Schluchten umher, ruhelos, wie ein Verfolgter.

Nie sprach er mit Kare mehr als das Allernotwendigste, aber sein Ton war sanft und zart, von einer sich immer gleichbleibenden, selbstlosen Güte.

„Er ist zu dumm," dachte Mutter Gyre, „den Herrn sollte er ihr zeigen. Wissen muß sie, daß sie zu ihm gehört, und daß nichts sie von ihm freimachen kann."

Das merkwürdigste aber war, daß Evert Egersund auch ihr auswich. Sie hatte sich sonst immer so gut mit ihrem Schwiegersohn gestanden, jetzt war es, als ob das alles ausgelöscht sei.

Gar nicht heranzukommen war an ihn. Freilich, er befand sich in keiner beneidenswerten Lage. Sie war nur froh, daß er nicht alles hingeworfen, um auf und davon zu gehen, wie es erst den Anschein hatte.

Als er tagelang nicht nach Hause kam, hatte Mutter Gyre nicht wenig gebangt. Nun war er wieder da, und gute Kunde hatte er heimgebracht. Gunne hatte er gefunden. Ob er sie gesucht? Mutter Gyre kroch ein unbehagliches Gefühl durch die stolze Brust.

Was er wohl mit Gunne gehabt hatte? Ganz verändert schien ihr Evert; daß er selber zu Tönsborg gegangen und ihm Gunnes Jawort gebracht, das zeigte doch, daß zwischen ihm und Gunne nichts war.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Aue, 18. Januar 1927

Posaunenmissionsabende.

Ende dieser Woche wird Herr Pfarrer Adolf Müller aus Dresden mit seinem Posaunenquartett zu einem Singelehrgang innerhalb des Kreisvereins der Jungfrauen- und Jungmännervereine kommen. Bei dieser Gelegenheit will er mit seinem berühmten osaunenquartett in der Nicolaikirche zwei Posaunenmissionsabende halten, am kommenden Freitag und Sonntag abend 8 Uhr. Pfarrer Müller hat sich seit langem schon in unserem Aue einen weiten Kreis von Freunden erworben. Sein Name bürgt dafür, daß man von beiden Veranstaltungen etwas ganz Besonderes erwarten kann.

Lichtbilder-Vortrag „Ford und seine Riesenbetriebe."

Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortsgruppe Aue wird am 19. Januar abends 8 Uhr im „Muldental" ein Vortragsabend über obiges Thema veranstaltet. Der Redner Herr Ing. Müller-Leipzig, hat bereits in einer großen Anzahl Orte Sachsens über dieses aktuelle Thema gesprochen. Nicht nur die Lichtbilder, die einen sehr guten Einblick in die Fordschen Arbeitsmethoden geben, sondern auch die sonstigen Ausführungen des Redners wurden überall mit großem Beifall aufgenommen, erläutert er doch darin auch die Auffassungen von Ford, die kennen zu lernen ebenfalls sehr erforderlich ist. Allen dem Ortskartell angeschlossenen Verbänden sowie Interessenten sei deshalb diese Veranstaltung dringend empfohlen.

Einbruchsdiebstahl.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in einem hiesigen, auswärts gelegenen Gasthofe ein Einbruchsdiebstahl verübt. Den Dieben fiel ein Glasschränkchen mit Schokolade und Waffeln gefüllt in die Hände. Etwa 500 Meter von dem Gasthof entfernt wurde, in einem Wiesengrund, der leere Glaskasten aufgefunden. Zweckdienliche Wahrnehmungen, die zur Ergreifung der Täter führen können, wolle man an die hiesige Kriminalpolizei richten.

Zur Anzeige gebracht wurde eine auswärtige Frau, die am Sonnabend in einem hiesigen Kaufhaus ein Kleid gestohlen hat.

Oberwiesenthal. Verbandstagung des Deutschen Gastwirteverbandes. Am 20. Januar findet in Oberwiesenthal eine Tagung des Deutschen Gastwirteverbandes statt. Aus diesem Anlaß wird eine Begrüßungsfeier im Sporthotel stattfinden.

Buchholz. Eine Kontrolle der Tanzsäle nach Personen, die noch nicht das gesetzlich vorgeschriebene Alter zur Teilnahme an öffentlichen Tanzvergnügen erreicht haben, wurde am Sonntag von der Stadtpolizei vorgenommen. Es wurden dabei eine beträchtliche Anzahl dabei erwischt, deren Namensfeststeung erfolgte.

Auerbach. Ein schweres Automobilunglück trug sich am Sonntag nachmittag gegen ½5 Uhr auf der Nicolaistraße zu. Das auf der Fahrt nach Rodewisch befindliche Personenauto eines Rodewischer Besitzers, das nur von dem Führer besetzt war, fuhr dort auf ein vor dem Hause Nr. 20 haltendes Lastfahrzeug auf, wobei der Beifahrer des Lastwagens, der mit Ausladen von Waren beschäftigt war, zwischen beide Autos geriet und schwere Verletzungen an den beiden Oberschenkeln davontrug. Der Führer des Personenwagens wollte an dem haltenden Lastkraftwagen links vorbeifahren, als er im letzten Moment das Entgegenkommen des Staatskraftwagens bemerkte. Um einen Zusammenstoß mit dem Staatskraftwagen zu vermeiden, riß er sein Fahrzeug nach rechts herum und fuhr dabei auf den dort stehenden Lastkraftwagen auf. Die Erörterungen über die Schuldfrage sind noch im Gange.

Herlaßgrün. Entsprungen. Aus dem D-Zug 21 der am Sonntag in der 3. Morgenstunde Herlaßgrün passierte, entsprang nach den Angaben des Transporteurs zwischen Herlaßgrün und Limbach ein Gefangener. Das Absuchen der Strecke blieb erfolglos.

Chemnitz. Leichtsinn. Im Verfolg einer Wette sprang ein hier wohnhafter 38jähriger Werkmeister auf der Bergstraße aus einem in voller Fahrt befindlichen Kraftwagen. Er kam natürlich zum Stürzen und zog sich erhebliche Verletzungen als Denkzettel für seinen unverbindlichen Leichtsinn zu.

Leipzig. Versuchter Nieseneinbruch. Ein Einbruch, der an Verwegenheit der Ausführung seinesgleichen sucht, wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag in den Bürorräumen des Zoo-Wirtschaftsbetriebes ausgeführt. Die Einbrecher, die vermutlich aus Berlin stammen, hatten es auf die erheblichen Einnahmen vom Pressefest und vom Jubiläum der Einkaufsgesellschaft abgesehen, die sie in einem neuen Geldschrank im zweiten Bürozimmer vermuteten. Nur dem Umstande, daß der Wächter bei einem Rundgange auf die Diebesbande aufmerksam wurde, ist es zu danken, daß die Wirtschaft des Zoo vor einem schweren Verluste bewahrt blieb. Die Einbrecher, die mit modernstem Diebeswerkzeug ausgerüstet waren, gaben mehrere Schüsse auf die Hunde des Wächters ab. Sie sind unter Zurücklassung eines Mantels eines großen Poffers sowie Aktentasche mit Einbruchswerkzeug und einer Sauerstoffbombe geflohen.

Wichtige Sportnachrichten.

Erzgebirgsturngau.

Zu einer mehrstündigen Sitzung, der auch Gotr. Lange beiwohnte, trat der Gauturnausschuß am gestrigen Sonntag im Vereinszimmer der Turnhalle des Turnvereins von 1817 Schneeberg unter Vorsitz von Gobtw. Klaumünzner zusammen. Sie galt neben der Besprechung des vom technischen Ausschuß aufgestellten Jahresarbeitsplanes der einige geringfügige Abänderungen bezw. Umstellungen erfahren wird, vor allem der Beratung über die Ausgestaltung des in diesem Jahre abzuhaltenden Gauturnfestes, um das sich der Tv. von 1861 Schönheide bewerben will. Die Pflichtübungen für die verschiedenen Wettkämpfe wurden von Gruppen der anwesenden Turnausschußmitglieder festgelegt und nach den gemachten Vorschlägen genehmigt. Als neunte Gerätübung beim Zehnkampf wurde am Barren eine dritte (Kraftübung) bestimmt, ferner als volkstümliche Wettübungen beim Zwölfkampf Dreisprung, Kugelstoßen aus dem Kreis (7¼ Kg.), 100-Meter-Lauf, für den Neunkampf der Alten (Altersgrenze 38 Jahre) Kugelstoßen aus dem Kreis und 75-Meter-Lauf. Der volkstümliche Fünfkampf umfaßt Hürdenlauf 110 Meter, Kugelstoßen aus dem Kreis, Steinstoßen, Schlußweitsprung und eine Pflichtfreiübung. Die Plichtfreiübungen für die verschiedenen Wettkämpfe werden den allgemeinen Freiübungen entnommen und am Tage der Kampfrichtersitzung bekanntgegeben. Das Vereinswetturnen soll dadurch vereinfacht werden, daß versuchsweise die Pflichtfreiübungen der Vereine zusammen von Turnern und Turnerinnen geturnt werden und die Zahl der Turnerinnen mit in die Teilnehmerzahl beim Vereinswetturnen eingerechnet wird. Im übrigen soll versucht werden, das Vereinswetturnen möglichst am Festsonntag abzuwickeln, um den Nachmittag für die Massenvorführungen des Gaues und die Sonderdarbietungen der Bezirke, Turnerinnen usw freizuhalten. Weitere Beratungspunkte bildeten die Ausgestaltung der Fahnenweihe des Tv. Mittweida (Zwölfkampf Oberstufe, Uebungen für das Gauturnfest), zu welchem wegen der Nähe des festgebenden Vereins zum 13. Gau Wetturner von diesem zugelassen werden sollen, die Fahnenweihe des Tv. Lößnitz (Mannschaftskampf an den Geräten für Tu. und Ti., Gaumannschaftsfechten, Gausängertreffen) und die Platzweihe des Tv. „Jahn" Oberstützengrün (volkstümlicher Fünfkampf). Die am gleichen Tage im Dr. Curt Geitner-Bad abgehaltene erste diesjährige Gauschwimmstunde war von 55 Turnerschwimmern und Schwimmerinnen aus allen das Schwimmen betreibenden Vereinen des Gaues besucht. In reichlich zweistündiger Dauer wurden die Teilnehmer unter fachkundiger Leitung mit den verschiedenen Schwimmarten, Sprüngen u. a. m. vertraut gemacht. Die nächste Gauschwimmstunde findet am 20. Februar am gleichen Orte statt.

Gprwt. Röder.

Ausschuß für Jugendpflege im Kreise Westerzgebirge i. S. V. S.

Die für den 22. und 23. Januar 1927 in Rittersgrün geplanten Kreisjugendwettläufe des Westkreises im S. V. S. werden infolge Verschiebung der Kreiswettläufe im Schwarzenberg nunmehr auf den 29. und 30. Januar 1927 festgelegt.

Abgehaltene Nennungen behalten ihre Gültigkeit. Der Nennungsschluß ist am 26. Januar 1927 abends 8 Uhr.

Was bringen die Kinos?

Apollo-Lichtspiele.

„Mädels von Heute" betitelt sich der baltige Film von Robert Liebmann. — Eine echte Kleinstadtgeschichte mit stark humoristischem Einschlag. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Cläre Rommer, Olga Tschechowa, Carl Platen, Hans Thimig und Hans Unterkircher. — Im zweiten Teil des Programms läuft der Film: „Ein Dieb im Paradies". Er spielt auf den sonnigen Inseln der Perlfischer, auf die zwei Weiße verschlagen worden sind. Im Kampf um den Besitz einer prächtigen Perle findet der eine den Tod, er, der Sohn eines reichen Amerikaners, der in früher Kindheit aus dem Elternhaus entwichen. Der zweite nimmt die Papiere des Toten und begibt sich nach Amerika, wo er sich als Sohn des reichen Mannes ausgibt. In Glanz und Reichtum lebt er ein neues Leben, aber die Schuld des begangenen Betruges läßt ihm keine Ruhe, bis er den Mut zur Wahrheit findet. Ein Film, der ob seiner prunkvollen Aufmachung größte Beachtung findet. Die Deuligwoche Nr. 51 beschließt das Programm.

Viehmarkt in Aue am 10. Januar 1927.

Amtliche Preisnotierungen:

		Pfg. für 1 Pfd.
	I. Rinder.	
A. Ochsen:	a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	
	1. junge	—
	2. ältere	—
	b) sonstige vollfleischige	—
	1. junge	—
	2. ältere	—
	c) fleischige	—
	d) gering genährte	—
B. Bullen:	a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	55
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästet	52
	c) fleischige	—
	d) gering genährte	—
C. Kühe:	a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	52
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	48
	c) fleischige	40—42
	d) gering genährte	35
D. Färsen:	a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	—
(Kalbinnen)	b) sonstige vollfleischige	—
E. Fresser:	mäßig genährtes Jungvieh	—
	II. Kälber.	
	a) Doppellender bester Mast	—
	b) beste Mast- und Saugkälber	75
	c) mittlere Mast- und Saugkälber	65
	d) geringe Kälber	55
	e) geringste Kälber	—
	III. Schafe.	
	a) beste Mastlämmer und jüngere Masthammel	
	1. Weidemast	—
	2. Stallmast	55
	b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gutgenährte Schafe	50
	c) fleischiges Schafvieh	—
	d) gering genährte Schafe und Lämmer	—
	IV. Schweine.	
	a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	78
	b) vollfleisch. Schweine von 240—300 Pfd. Lebendgew.	76
	c) „ „ „ 200—240 „ „	73
	d) „ „ „ 160—200 „ „	73
	e) fleischige „ „ 120—160 „ „	—
	f) „ „ unter 120 „ „	—
	g) Sauen	70—72
	bän. Rinder	75—78

Amtliche Bekanntmachungen.

Ueber das Vermögen des Bäckermeisters **Paul Otto Lein** in Aue wird heute am 17. Januar 1927, nachmittags 5 Uhr **das Konkursverfahren eröffnet.**

Der Lokalrichter Paul Georgi in Aue wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 8. Februar 1927 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donerstag, den 17. Februar 1927,** vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **15. Februar 1927** Anzeige zu machen.

Amtsgericht Aue.

Versteigerung.

Mittwoch, den 19. Januar 1927 vormittags 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts Aue öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: **1 halbfertiger Kleiderschrank, 1 kleiner Tisch, 2 Reisekörbe, 2 Wandbilder.**

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Aue. **Ein Schäferhund**

ist hier zugelaufen. Falls er vom Eigentümer nicht bis **Donnerstag, den 20. Januar 1927,** mittag 12 Uhr, in unserer Polizeiwache gegen Erstattung der Kosten abgeholt wird, werden wir darüber verfügen.

Aue, den 18. Januar 1927. **Der Rat der Stadt.**

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Fritz Debus.
Druck u. Verl. Auer Druck- u. Verlagsgesellsch. m. b. H., Aue.

Hierdurch zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich Ende des vergangenen Jahres die Firma

Breitschuch & Co., Erste Erzgeb. Bücherrev.- und Treuhandgesellschaft, Steuerfachbüro, Aue,

übernommen habe und bitte, sämtl. für mich bestimmte Post in Zukunft an die Adresse: **Breitschuch & Co., Aue, Schneeberger Str. 23, zu richten.**

Gleichzeitig empfehle ich mich zur Bearbeitung der **Steuersachen** sowie zur Ausführung von

Buch- u. Bilanzrevisionen, Neueinrichtung zweckentsprechender Buchführungen für Kaufleute und Gewerbetreibende, Instandsetzung und laufende Führung der Bücher, Monats- und Jahres-Abschlüsse (Steuer-Veranlagungs-Bilanzen).

Prompte, gewissenhafte sowie vollkommen diskrete Bedienung!

Hochachtungsvoll!

Fernsprecher 725. **Friedrich Gerber,**
Bücherrevisor u. Treuhänder.

Vom Landesfinanzamt Leipzig als geschäftsm. Vertreter und Beistand in Steuersachen zugelassen.

Zum Wochenmarkt!
Pa. Meerrettich
zum Ausfuchen
jede Stange 30 Pfg.
sowie
große gesunden Sellerie
Malsch, Meerane.

1 neues Speisezimmer
best. aus: 1 Büffet m. rund. vorgeb. Oberteil u. Facettgläsern 1 Kredenz, ein Zweizugtisch 4 gepolst. Stühle
verkauft verhältnisshalber für **nur 200 — Mk.**
Offerten u. A. T. 285 a. d. Exped. d. Auer Tageblattes.

Nebeneinkommen durch schriftliche Tätigkeit **Vitalis-Verlag, München.**

Die unterzeichneten Banken geben hiermit bekannt, daß sie ab 16. ds. Mts. **Guthaben** wie folgt verzinsen:

2½ % p. a. für tägliche Gelder in provisionsfreier Rechnung,
3 % p. a. „ „ „ „ provisionspflichtiger Rechnung, und für täglich verfügbare Depositen-Guthaben,
4 % p. a. für Gelder auf 15—30 Tage,
4½ % p. a. „ „ „ 31—90 „

Aue, den 17. Januar 1927.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Zweigstelle Aue.
Commerz- und Privat-Bank,
Aktiengesellschaft
Filiale Aue.
Deutsche Bank Zweigstelle Aue (Erzgeb.).

1 leeres oder möbl. Zimmer, oder Gewerberaum,
im Stadtinnern, zu miet. ges. Off. unt. A. T. 283 an das Auer Tageblatt erbeten.

Zeitungsmakulatur
gibt ab
Auer Tageblatt.

Mein Inventur-Ausverkauf beginnt heute

und bietet Ihnen durch **ganz bedeutende Preisherabsetzungen in allen Artikeln** eine wirklich günstige Einkaufs-Gelegenheit.

Alles andere besagen meine Schaufenster!

Kaufhaus Ernst Schuster, Aue i. Erzg. Ecke Wettinerstr.

Lil Dagover

Geeigneter Raum

zur Einlagerung von Eis

zu pachten gesucht.

Angebote unter **A. T. 284** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Vertreter für Pianos

und elektrische Musikwerke gesucht.

Eignet sich auch als Nebenerwerb für Musiklehrer, Klavierstimmer, Bier-, Wein- und Spirituosenreisende, die regelmäßig Gastwirtschaften besuchen und gut eingeführt sind. Höchste Verdienstmöglichkeit! Eventl. wird finanzielle Unterstützung gewährt.

Geeignete Herren wollen sich mit der Pianofabrik **Schubert, Chemnitz,** Reefestraße 86 in Verbindung setzen.

Sonder-Verkauf

bis zum 21. Januar in

Möbeln
Teppichen
Gardinen

ein großer Posten

Gemälde

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Burger & Heinert

Kunstmöbelfabrik
Teppich-Spezialhaus
Zwickau
Innere Plauensche Str. 18
Fernruf 5662.

Gesucht

wird ein ehrliches, sauberes

Mädchen

welches Ostern die Schule verläßt, als Aufwartung für 1. Februar. Ab Ostern als Aufwartung für den ganzen Tag.

Aue, Gabelsbergerstr. 4.

Filz- und Leder-Hausschuhe

für Damen, Herren u. Kinder von einfacher bis elegantester Ausführung bekommen Sie billig in

Schädlichs Schuhwarenhaus

Tel. 319 **Aue** Markt 14.

Evi Eva

Restaurant Gambrinus, Aue

Freitag, den 21. Januar 1927

Schlachtfest

mittags 12 Uhr Wellfleisch, später das Uebliche.

Anstich eines hochfeinen

Doppelbockbieres

Sonnabend und folgende Tage

Fortsetzung des Bockbier-Ausschankes verbunden mit musikalischer Unterhaltung u. echt erzgebirgischem Kram.

Um gütigen Zuspruch bitten

Carl Georgi und Frau.

Der Veilchenfresser

Zur Aufklärung!

In der Angelegenheit des Fußweges zwischen Bockauer und Eisenbahnstraße erkläre ich auf Fragen folgendes:

Der 2 Meter breite Verbindungsweg gehörte zu meinem Grundstücke und war für Mk. 7,50 jährlich an die Stadtgemeinde Aue verpachtet. Laut Vertrag bestand für die Stadt Aue die Pflicht, den abgrenzenden Zaun zu erhalten.

Ich bemühte mich seit 1919 vergeblich, die Stadt zu veranlassen, daß sie ihrer Verpflichtung, den Zaun instand zu setzen, nachkam. Ich bin auch wiederholt persönlich beim Herrn Bürgermeister gewesen, um eine Einigung zu erzielen.

Durch Schreiben vom 7. September und 2. Dezember 1921 hat die Stadt es wiederholt abgelehnt, zur Instandsetzung des Zaunes einen Beitrag zu leisten. Ich habe hierauf verschiedene Male meinen Standpunkt schriftlich und mündlich dargelegt, ohne einen Bescheid zu erhalten, bis ich am 24. August 1922 eine letzte Frist bis zum 15. September 1922 stellte, wozu ich mich für berechtigt hielt. Auch auf einen telephonischen Anruf am 19. September 1922, wo ich nochmals darum bat, den zum Einstürzen verfaulten Zaun doch mal anzusehen und Abhilfe zu schaffen, wurde mir gesagt, daß der Zaun doch noch garnicht eingestürzt sei.

Endlich, am 28. September 1922, erschien ein Beauftragter der Stadt und machte mir ein Angebot von 5000.— Mark. Das ist das einzige Mal, daß die Stadt mir ein Angebot gemacht hat. Ich habe daraufhin laut Protokoll der Stadt 10 000.— Mark Zuschuß zugesagt, obwohl die Verpflichtung zur Unterhaltung und Erneuerung des Zaunes der Stadt allein oblag. Warum s. Zt. die Stadt nicht handelte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die Vorwürfe, die mir Herr Bürgermeister in der letzten Stadtverordnetensitzung machte: „ich brächte nur den geplanten Fabrikbau als Vorwand und ich hätte Verhandlungen schroff abgelehnt", treffen mich völlig ungerechtfertigt. Wie bereits erwähnt, stand die Stadt immer ablehnend der Sache gegenüber.

Mein damaliges eigenmächtiges Vorgehen war lediglich nur auf das Verhalten der Stadtgemeinde Aue zurückzuführen.

J. Paul Bretschneider, Aue.
Dampfwäschereibesitzer.

Für die große Liebe und Verehrung, die uns beim Heimgange unserer unvergeßlichen, lieben Entschlafenen, Frau

Emilie Pauline Günther

geb. Günther

von allen Seiten in so reichem Maße zuteil geworden sind, sprechen wir hierdurch unseren tiefgefühlten Dank aus.

AUE, den 18. Januar 1927.

Hermann Günther nebst Hinterbliebenen.

Harry Liedtke

Oeffentlicher

Lichtbilder-Vortrag

am Mittwoch, den 19. Januar 1927 im „Muldental"

Ing. Müller, Leipzig

vom Bund der technisch. Angestellten u. Beamten spricht über

Ford und seine Riesenbetriebe.

Zu diesem aktuellen Vortrage sind alle Interessenten herzlichst eingeladen. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortsgruppe Aue/Erzgeb.

Deutsch. u. Oester. Alpen-Verein

Sektion Aue.

Die

Hauptversammlung

findet **Sonntag, den 23. Januar 1927** ½5 Uhr in der Oberrealschule Aue statt.

Tagesordnung:
Geschäftsbericht
Kassenbericht
Alpenfest?

Da im Anschluß an die Versammlung Lichtbildervortrag **Dr. Wittig** stattfindet, pünktliches Erscheinen.

Hotel „Blauer Engel"

Aue.

Donnerstag, den 20. Januar

Doppel - Schlachtfest.!

Mittag Wellfleisch, später das Uebliche.

Anstich von St. Benno - Bier.

E ladet freundl. ein **Wilhelm Borst's Ww.**

---

frisch eingetroffen prachtvoller

Schellfisch, Kabliau, Seelachs, Rotbarsch, Scholle

und frische ungesalzene **Heringe.**

Paul Matthes, Fischhandlung.

---

ff. Tafelbutter

z. Zt. ca. **1.60 RM** per Pfund

versende ich in 9-Pfund-Paketen (auch in 1-Pfund-Stücken) täglich frisch zu billigstem Tagespreise.

Alfred Stahl, Heydekrug, (Memelgebiet).

Jacky Coogan